

Das Selbstbestimmungsrecht und die Deutschen.

Vom Abg. Geh. Räte Dr. Sylvester.

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Oesterreichs bildet in den maßgebenden Kreisen der deutschen parlamentarischen Parteien gegenwärtig den Gegenstand eifrigster und eingehender Beratungen. Vor allem ist es der gemeinsame Standpunkt, daß die Deutschen in Oesterreich in voller Geschlossenheit den Weg zur Selbstbestimmung betreten müssen. In diesem großen Rahmen können dann erst die

verfassungsrechtlichen und Verwaltungsfragen zur Erörterung kommen. Die Grenzen von Deutschösterreich sind durch die deutschen Siedlungsgebiete bestimmt; wo in fremdnationalem Gebiete sich eine deutsche Diaspora befindet, müssen die nationalen Interessen und Bedürfnisse solcher Siedlungsgebiete im Wege der Verhandlung mit den anderen sie einschließenden Nationalitäten zur Regelung und Sicherung gebracht werden. Was die künftige Verfassung Deutschösterreichs betrifft, so kann sie nur auf streng demokratischer Grundlage mit allgemeinem, direktem und geheimem Wahlrecht, wie es jetzt schon besteht, zur Ausbildung gelangen. In dieser Richtung wird es, was die künftige Gesamtvertretung Deutschösterreichs anbelangt, keiner übermäßig schwierigen Arbeit bedürfen. Es wird aber auch notwendig sein, sich gründlich mit der Einheitlichkeit der Verwaltung und der Lösung der Frage zu befassen, was für eine Regierung an die Spitze des deutschösterreichischen Staates zu treten haben wird. Es ist selbstverständlich, daß bei der Bildung des eigenen Staates der Deutschösterreicher alle für den Uebergang von dem jetzigen Staatswesen in das neue Staatswesen zu berücksichtigenden Verhältnisse ernst und gründlich durchberaten werden müssen. Ueber Nacht, plötzlich, wie manche sich die Sache vorstellen, ist die Durchführung des von allen Nationalitäten Oesterreichs angenommenen Grundsatzes der Selbstbestimmung natürlich nicht denkbar. Nur nach und nach können die vielen und mannigfaltigen volkswirtschaftlichen, finanziellen, Verkehrs- und Heeresangelegenheiten usw. zur Vereinigung gebracht werden. Wenn Tschechen und Südslawen sich jetzt auf den Standpunkt stellen, daß sie sofort eine eigene Regierung haben müssen, so müßte auch für Deutschösterreich eine selbständige Regierung eingesetzt werden. Die Liquidierung der derzeit bestehenden gemeinsamen Verwaltungszweige ist eine wichtige Frage, deren Lösung mit aller Umsicht vorbereitet werden muß. Zusammenfassend kann ich sagen, daß man in allen deutschen Kreisen Oesterreichs entschlossen ist, in der Frage der Selbstbestimmung in keiner Weise hinter den anderen Völkern dieses Reiches zurückzubleiben. Was den anderen Nationen recht ist, das muß auch für die Deutschen in Oesterreich billig sein. Die Arbeiten, die jetzt zu leisten sein werden, sind ganz ungeheure, fast unübersehbare. Diese Arbeiten werden ihren Ausdruck erst dann finden können, wenn in den Hauptfragen eine lückenlose Einigung der großen deutschen Parteien erzielt ist. Zuerst die Arbeit, die Bewältigung ungemein schwieriger Aufgaben und dann der Ausdruck des Ergebnisses in bestimmter Form. Für Deutschösterreich, das aus dem Rechte der Selbstbestimmung ersteht, gibt es kein Zurück mehr, sondern nur ein zielbewusstes Vorwärts.